

Der YOIS-Politiktest 2003

Versprechen auf dem Prüfstand

Alle Parteien versichern in ihren Reden und ihrem Wahlprogramm, nachhaltige und generationengerechte Politik zu machen. „Unser Ziel ist die nachhaltige Entwicklung Bayerns“, verspricht die CSU. „Die SPD setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung in Bayern ein“, tönt es bei der größeren Oppositionspartei. Und die Grünen wollen alle ihre Konzepte auf ihre Folgen für unsere Kinder und Kindeskiner überprüfen. „Das ist Nachhaltigkeit in ihrem besten Sinne.“

Angesichts einer solchen Zustimmung zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung haben wir als parteiunabhängige Jugendorganisation, die sich in Bayern, Deutschland und weltweit für die Rechte der Jugend und der künftigen Generationen stark macht, uns die Mühe gemacht, die Wahlprogramme der Parteien unter die Lupe zu nehmen und genau nachzuhaaken, ob denn die vollmundigen Lippenbekenntnisse sich auch in konkreten Forderungen niederschlagen.

Knapp 40 Jugendliche aus ganz Bayern, davon etwa zehn im Besitz eines schwarzen, roten oder grünen Parteibuches, haben sich in München getroffen und die Wahlprogramme in Sachen Umwelt, Bildung, Staatsfinanzen und Jugendpolitik auf Generationengerechtigkeit geprüft – und miserable Noten verteilt. Ihre Analysen und die Stellungnahmen der Parteien finden sich auf den folgenden Seiten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres bundesweit einzigartigen Politiktests haben hervorragende Arbeit geleistet und waren, trotz schönsten Badewetters, konzentriert bei der Sache. Dafür möchten wir uns als

Organisatoren bedanken – auch wenn viele nur am Samstag zu den Analysen kamen und nicht bis zu den Gesprächen mit den Politikern blieben.

Keine andere Institution durchleuchtet derart systematisch und detailliert die Wahlprogramme der Parteien. Unsere parteipolitische Unabhängigkeit steht nicht in Frage. Die Ergebnisse unseres Politiktests sind für uns immer wieder eine Überraschung, die wir mit Spannung erwarten.

Die Ergebnisse unseres letzten Politiktests, den wir im Vorfeld der Bundestagswahlen 2002 durchgeführt haben, sind bundesweit bekannt geworden. Renommierete Zeitungen, wie die taz, Die Welt, die Berliner Morgenpost und Die Zeit berichteten ebenso über unsere Analysen wie zahllose Lokalmedien, Radiosender und der Fernsehsender n-tv. Auch die Ergebnisse unseres bayerischen Tests fanden weite Verbreitung. Neben unzähligen regionalen Zeitungen und Radiosendern berichteten auch die Süddeutsche und die TZ.

Besonderer Dank gilt unseren Förderern. Das Jugendkulturwerk München, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Stiftung Mitarbeit haben unseren Kongress großzügig unterstützt. Ohne sie wäre unser Politiktest nicht möglich gewesen. Ebenso gilt unser Dank der Deutschen Telekom, die uns ihr nobles Tagungshotel in München-Ismaning zum Sonderpreis zur Verfügung stellte. Zuletzt möchten wir uns auch bei der Rudolf-Steiner-Schule Ismaning bedanken, die uns ein Wochenende lang als Tagungsstätte diente und deren Architektur und Küche uns ein angenehmes Ambiente verschafften.



Wolfgang Gründinger ist Landesvorsitzender von YOIS Bayern und verantwortlich für die Durchführung des YOIS-Politiktests 2003

Unsere bisherigen Erfolge wollen wir fortführen. Für das Jahr 2004 ist ein Politiktest-Kongress zur Europawahl in Hamburg am 30.4. bis 2.5. geplant. Ebenso arbeiten wir daran, zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Sachsen und Thüringen Politiktest-Kongresse durchzuführen und die Programme der Parteien auf Nachhaltigkeit zu prüfen.

Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche und interessante Lektüre unserer folgenden Dokumentation.

Wolfgang Gründinger

Politiktest Bayern 2003

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	
Versprechen auf dem Prüfstand	2
Grußwort von Christian Ude, Oberbürgermeister der Stadt München	
Der Jugend Gehör verschaffen	4
Grußwort von Dr. Helmut Ritzer, Präsident des bayrischen Landtages	
Sie tun nicht, was sie wissen	5
Pressemitteilung zum YOIS-Politiktest 2003	
Richtig gut war keiner	7
Die Ergebnisse im Überblick	
Von Note 3 bis „Durchgefallen“	8
Generationengerechte Bildungspolitik	
PISA und die Folgen	9
Generationengerechte Kinder- und Jugendpolitik	
Zukunftshoffnung oder Sündenböcke?	11
Generationengerechte Finanzpolitik	
In der Schuldenfalle	13
Generationengerechte Umweltpolitik	
Vage Ziele, fehlende Zeitvorgaben	15
Stellungnahme von Thomas Goppel, Generalsekretär der CSU	
Wunschtraum und Realität	17
Stellungnahme von Franz Maget, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion	
Vor vollendeten Tatsachen	18
Stellungnahme von Margarete Bause, Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen	
Einäugig unter Blinden ?	19

Grußwort des Schirmherrn

Der Jugend Gehör verschaffen

Die Demokratie in Deutschland hat nur dann eine Zukunft, wenn ihre Grundlagen an die junge Generation weitergegeben werden. Schließlich sind die Jugendlichen von heute die Wähler und die Gewählten von morgen.

Zugleich erfahren Jugendliche intensiver als andere Bevölkerungsgruppen die aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche: In Schule und Ausbildung sehen sie sich steigenden Erwartungen und Leistungsansprüchen ausgesetzt; die Flutkatastrophe im vergangenen Jahr war ein Vorgeschmack dafür, was uns bei fortschreitender Klimaveränderung in Zukunft bevorsteht; der staatliche Schuldenberg wächst vielerorts immer weiter; und obwohl sie am längsten und härtesten mit den heute getroffenen Entscheidungen leben muss, ist die Jugend nicht angemessen in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden.

Alle Parteien versprechen, diese Fehlentwicklungen zu beheben und „nachhaltige“ und „generationengerechte“ Politik zu machen. Als ich die Dokumentation zum Politiktest zur Bundestagswahl 2002 gelesen habe, war ich sehr betroffen, welche große Lücke zwischen diesem Anspruch und der tatsächlichen Programmatik der Parteien klafft.

Natürlich gibt es auch positive Beispiele. Initiativen zum Umweltschutz, zur Modernisierung der Bildungslandschaft oder zur Förderung der Jugendpartizipation werden eingehend diskutiert und oft auch umgesetzt.

Auf die Ergebnisse der Analyse der bayerischen Parteiprogramme durch YOIS bin ich sehr gespannt, und daher habe ich mich gerne bereit erklärt, die Schirmherrschaft für den Politiktest-Kongress zu übernehmen.

Als ich von der Arbeit von YOIS erfahren habe, war ich sehr positiv überrascht. YOIS verschafft der Stimme der Jugend Gehör und streitet für die Rechte der Jugend und der künftigen Generationen. Respekt!

Der Politiktest-Kongress ist ein konkretes Beispiel, wie auch Jugendliche sich einmischen können und aktiv Politik bewegen können. Ich wünsche dem Jugendkongress spannende Diskussionen und viel Erfolg.

Christian Ude



Christian Ude (SPD) ist Oberbürgermeister der Stadt München und Schirmherr des Politiktests 2003.

Grußwort des Landtagspräsidenten

Sie tun nicht, was sie wissen

Jugendliche testen Erwachsene. Das kommt nicht so oft vor. Wesentlich geläufiger ist der umgekehrte Fall, nämlich, dass Jugendliche getestet werden. In Bezug auf ihre schulischen Leistungen sowieso, aber auch in breit angelegten Studien hinsichtlich ihrer Werte, ihrer Zukunftsvorstellungen, ihrer religiösen Überzeugungen oder ihrer Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen.

Ein Ergebnis wiederholt sich bei diesen Untersuchungen mit ausgesprochen unschöner Regelmäßigkeit: Die Jugend steht den „etablierten Politikformen“ mit wachsender Skepsis gegenüber. Die Zahl der jugendlichen Nicht-Wähler ist zwischenzeitlich auf plus-minus 30 Prozent angewachsen.

Deshalb versuchen spezielle Formen der politischen Bildung die Einsicht gerade junger Menschen in die Funktionsweise unseres parlamentarischen Systems zu fördern und Jugendliche dafür zu sensibilisieren, dass Politik kein Agieren im luftleeren Raum ist, sondern eng an die eigene Lebenswirklichkeit, an konkrete Sorgen und Nöte, Wünsche und Bedürfnisse gekoppelt ist bzw. sich dadurch erst legitimiert. Nur wenn Jugendliche diesen Zusammenhang erfahren und nachvollziehen können, kann damit gerechnet werden, dass das Vertrauen in die sog. etablierten Politikformen sowie in politisches Handeln allgemein wieder wächst.

Um dies leisten zu können, müssen wir Erwachsene und insbesondere wir Politiker bereit sein, die Befindlichkeit der Jugendlichen detailliert wahrzunehmen und uns nicht mit Klischees und allgemeinen Einschätzungen zufriedengeben. Es muss uns darum gehen, diese Befindlichkeit insbesondere dann zu begreifen, wenn sich aus ihr

konkrete Forderungen oder Veränderungsvorschläge ergeben. In diesem Sinn betrachte ich den von YOIS auf Bundes- und Landesebene durchgeführten Politiktest als ein sehr wertvolles Instrument der politischen Bildung und sehe den bayerischen Ergebnissen mit Spannung entgegen.

Es war die Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro im Jahr 1992, die einem Begriff zum Durchbruch verhalf, der heute in jeder Debatte um die Zukunft der Menschheit zentral ist: dem Begriff der Nachhaltigkeit. Damit ist längst nicht nur der Umweltschutz gemeint. Das Leitbild der Nachhaltigkeit steht für ein Konzept, das weltweit die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringt. Nachhaltigkeit ruht somit letztlich auf drei Säulen: einer ökologischen, einer sozialen und einer ökonomischen.

Heute, im Jahr 2003, kann das Thema „nachhaltige Entwicklung“ nicht mehr als reißerisch oder spektakulär bezeichnet werden. Viele der damit zusammenhängenden Probleme sind seit langem bekannt und wurden wiederholt – häufig sogar unter weitgehender Übereinstimmung der Gesprächspartner – diskutiert. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor Handlungsbedarf besteht. Ob nämlich eine Politik dem Gebot der Nachhaltigkeit tatsächlich gerecht wird, lässt sich nicht auf der Ebene abstrakter Definitionen bestimmen. Und so wundert es nicht, dass der Konsens über Nachhaltigkeit schrumpft, wenn es um konkrete Maßnahmen geht.



*Dr. Helmut Ritzer, MdL, ist
Vizepräsident des bayrischen
Landtags.*

Um nachhaltige Entwicklungen anzustoßen, ist die Zusammenarbeit auf der horizontalen Ebene ebenso notwendig wie auf der vertikalen. Horizontal heißt, dass nachhaltige Entwicklung nur durch die Zusammenarbeit verschiedener Fachbereiche zu erreichen ist. Ohne eine enge Kooperation der verschiedenen Ressorts können wirtschaftliche, ökologische und soziale Belange nicht wirkungsvoll aufeinander abgestimmt werden. Noch wichtiger scheint mir aber die vertikale Zusammenarbeit. Nachhaltige Politik und Generationengerechtigkeit dürfen nicht nur Anliegen der Exekutive, der Staats- und Regionalverwaltungen sein. Die Parlamente sowie alle in unserem Gemeinwesen lebenden Menschen mit ihren Initiativen und Interessengruppen müssen verstärkt angesprochen und eingebunden werden. Wenn im Rahmen dieses Politiktests Jugendliche mit und ohne Parteibuch, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Initiativen und Organisationen zusammenarbeiten und gemeinsam

Parteiprogramme untersuchen, auswerten sowie konkrete und konstruktive Verbesserungsvorschläge entwickeln, so ist dies ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Robert Jungk hat zum Thema Umweltschutz einmal gesagt: „Es gilt nicht mehr der Satz: Denn sie wissen nicht, was sie tun. Heute muss es heißen: Sie tun nicht, was sie wissen.“ In diesem Sinn ist es mein Wunsch, dass dieser Politiktest dazu beiträgt, auf die möglichst rasche Umsetzung bereits bestehender Vereinbarungen zu nachhaltiger Entwicklung und Generationengerechtigkeit hinwirken, darüber hinaus neue Initiativen auf den Weg zu bringen und möglichst viele Jugendliche dafür zu sensibilisieren, sich am politischen Geschehen zu beteiligen. Damit ist der entscheidende Schritt vom Wissen zum Tun angemahnt. Ich wünsche dieser Veranstaltung gutes Gelingen.

Dr. Helmut Ritter

Pressemitteilung zum Politiktest Bayern 2003

Richtig gut war keiner

Jugendvertreter aus ganz Bayern haben die Wahlprogramme der Landtagsparteien mit schlechten Noten versehen. „Die Ergebnisse unseres Politiktests sind erschütternd“, so Wolfgang Gründinger, bayerischer Landesvorsitzender der unabhängigen Jugendorganisation YOIS. „Besonders erschreckend ist das Abschneiden der CSU, die mit der Note 6 glatt durchgefallen ist. Das Wahlprogramm der Union erinnert eher an einen Stoiber-Bildband als an ein zukunftsfähiges Konzept.“

YOIS Bayern, der bayerische Landesverband eines internationalen Nachhaltigkeitsnetzwerks Jugendlicher, hatte Vertreter der jungen Generation aus ganz Bayern zu einem parteiunabhängigen Politiktest eingeladen. Zu dem dreitägigen Kongress unter Schirmherrschaft von Münchens Oberbürgermeister Christian Ude kamen knapp 40 Jugendliche verschiedener politischer Couleur. Ihre Untersuchungen der Wahlprogramme in den Bereichen Umwelt, Bildung, Staatsfinanzen und Jugendpolitik wurden am Sonntag in München hochrangigen Parteivertretern überreicht. Dabei äußerten die Gescholtenen, CSU-Generalsekretär Thomas Goppel ebenso wie SPD-Fraktionschef Franz Maget und Grünen-Chefin Margarete Bause, zwar

Sympathie für das Engagement der Jugendlichen, ohne jedoch konkrete Verbesserungen zuzusagen.

Die Grünen schnitten mit der Note 3 noch am besten ab und sind damit, so YOIS-Chef Wolfgang Gründinger, noch „die Einäugigen unter den Blinden“. Die SPD kommt mit der Note 4 aus dem Politiktest heraus. Die CSU erhielt die Note 6. Generell wurde beklagt, dass die Programme oft schwammig formuliert seien. „Vor allem die CSU lässt es an konkreten Maßnahmen fehlen. Vieles wird nicht einmal angesprochen“, so Gründinger. „Wer die CSU wählt, wählt die Katze im Sack.“ Allerdings können auch SPD und Grüne kein Wahlprogramm vorlegen, das das Prädikat „generationengerecht“ verdiene, so die Politiktester.

In der Bildungspolitik konnte das Konzept der Grünen mit seinen Ausführungen zur Demokratisierung der Schule, der Förderung der Chancengleichheit und der Reform der Lehrpläne am ehesten überzeugen, dicht gefolgt von der SPD und mit einem Abstand der Union. In der Jugendpolitik schneidet die CSU deutlich am schlechtesten ab. Sie nehme Jugendliche erst dann wahr, wenn sie straffällig werden, und gehe sonst kaum auf ihre

Bedürfnisse und Rechte ein. Mit ihren Vorstellungen von Partizipation, sozialer Absicherung und Betreuung landeten hier die Grünen auf Platz 1, die Sozialdemokraten liegen im Mittelfeld. Auch in der Umweltpolitik sind die Grünen führend, mit deutlichem Abstand zur SPD und einem abgeschlagenen letzten Platz für die CSU. In ihrer Verkehrs-, Agrar- und Energiepolitik setze die Union auf „Rezepte von vorgestern“, so die Politiktester. Einzig beim Thema Staatsfinanzen könne die CSU einen kleinen Vorsprung halten, allerdings beachte sie kaum die Notwendigkeit konjunktureller Steuerung und dem Ausgleich der regionalen wirtschaftlichen Ungleichgewichte.

YOIS Bayern ist der bayerische Landesverband eines internationalen Nachhaltigkeitsnetzwerks Jugendlicher, das sich als parteiunabhängige Lobby für die Rechte der heutigen Jugend und der künftigen Generationen versteht und auf der EXPO 2000 von Jugendlichen aus aller Welt gegründet wurde. Seit 2002 führt YOIS vor verschiedenen Wahlen Politiktests durch, um die Wahlprogramme der Parteien auf Nachhaltigkeit zu überprüfen. Mehr unter www.yois.de

Wolfgang Gründinger

Die Ergebnisse im Überblick

Von „Note 3“ bis „Durchgefallen“

Die Ergebnisse des Politiktests Bayern 2003 sind erschütternd: Keine einzige der etablierten Parteien kann ein Wahlprogramm vorlegen, das das begehrte Prädikat "nachhaltig" und "generationengerecht" verdient. Besonders erschreckend ist das Abschneiden der größten bayerischen Partei, der CSU, die mit der Note 6 den Politiktest nicht bestanden hat. Die SPD kommt mit der Note 4 aus dem Politiktest heraus, die Grünen sind mit der Note 3 noch die Einäugigen unter den Blinden.

In der Bildungspolitik konnte das Konzept der Grünen mit seinen Ausführungen zur Demokratisierung der Schule, der Förderung der Chancengleichheit und der Reform der Lehrpläne am ehesten überzeugen, dicht gefolgt von der SPD und mit einigen Punkten Abstand der Union.

In der Jugendpolitik gerät die CSU gar in den negativen Bereich; sie geht kaum auf die Rechte Kinder und Jugendlicher ein und bemerkt Jugendliche erst, wenn sie straffällig werden. Mit ihren Vorstellungen von demokratischer Partizipation, sozialer Absicherung und Betreuung landeten wieder die Grünen auf Platz 1, die Sozialdemokraten liegen im Mittelfeld.

Einzig beim Thema Staatsfinanzen kann die CSU einen - allerdings verschwindend geringen - Vorsprung halten, da sie als einzige das Ziel der Konsolidierung mit allem Nachdruck festhält. Allerdings beachtet sie kaum die Notwendigkeit der konjunkturellen Steuerung und der Angleichung der wirtschaftlichen Diskrepanzen in den Regionen, weshalb ihr Vorsprung durch SPD und Grüne nahezu aufgeholt werden kann.

In der Umweltpolitik sind die Grünen wieder führend, mit deutlichem Abstand zur SPD. Die CSU landet abgeschlagen auf dem letzten Platz. In Verkehrs-, Agrar- und Energiepolitik setzt die CSU auf Rezepte von vorgestern.

	Maximale Punktzahl	CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen
Bildung	25	7,9	11,9	12,8
Jugendpolitik	25	-0,5	15	21
Staatsfinanzen	25	13,5	10	9,5
Umwelt	25	3	10	23
Gesamtbewertung	100	23,9	46,9	66,3
Note		6	4	3

Generationengerechte Bildungspolitik

PISA und die Folgen

Eine in allen Details stimmige Bewertung der Bildungspolitik erschien uns nicht möglich. Zu sehr prallen unterschiedliche Ideologien und Erfahrungen aufeinander. Unumstrittene Teile einer generationengerechten Bildungspolitik sind Chancengleichheit, möglichst gute Förderung von Schülern, gute finanzielle Ausstattung der Schulen und die Lehrerausbildung.

Doch etwa bei der Vergabe von Noten scheiden sich die Geister. Ist es vorteilhafter, die Benotung ganz abzuschaffen, oder verliert man so einen möglichst objektiven Bewertungsmaßstab? Ist die Mitbestimmung von Betroffenen in der Bildungspolitik notwendig, gerecht oder nachhaltig? Aufgrund solcher offenen Fragen

sind die folgenden Punkteverteilungen nicht überzubewerten; die Tendenz der Endergebnisse ist nichtsdestotrotz richtig wiedergegeben. Die schriftlichen Kommentare sind im Angesicht der vorstehenden Bemerkungen – vor allem im Bereich der Bildungspolitik, weniger in anderen Bereichen – aussagekräftiger als die Verteilung der Punkte.

CSU

Leider räumt die CSU der Bildungspolitik in ihrem Wahlprogramm sehr wenig Platz ein. Dies ist wohl auch dadurch bedingt, dass Bayern die Ergebnisse der PISA-Studie zu seinen Gunsten interpretierte und die CSU somit weniger Änderungsbedarf im Bildungssystem sieht. Auffallend war, dass die CSU im Wahlprogramm überhaupt keine

Aussagen zu Verwirklichung von Chancengleichheit, dem Lehrplan und dem Angebot für Weiterbildung macht. Sehr viel Wert legte die CSU dagegen auf die Gewährleistung von störungsfreiem Unterricht, das heißt, sie befürwortet Maßnahmen gegen massive Störer, die bis zum Unterrichtsausschluss führen können; abgesehen von der pädagogischen Umstrittenheit solcher Sanktionen ist die Prioritätensetzung im Wahlprogramm zu Lasten von Ausführungen zum Beispiel zur Chancengleichheit zu kritisieren. Außerdem tritt die CSU für mehr Autonomie der Schulen ein. Zu diesem Zweck sollen Lehrer, Eltern und Schüler gemeinsam eine Schulverfassung ausarbeiten. Die von der CSU postulierte Vorrangstellung Bayerns in Sachen Bildung soll vor allem auch durch Elitenförderung weiter ausgebaut werden.

Ergebnisse Kinder- und Jugendpolitik	Max.	CSU	SPD	Grüne
Frühförderung		0.9	1.3	1.3
Chancengleichheit		0.0	0.8	0.9
Individuelle Förderung	jeweils 2.5	1.1	0.5	1.2
Demokratie / Mitbestimmung		0.7	1.5	1.5
Lebenslanges Lernen / Weiterbildung		0.0	1.2	1.7
Lehrerausbildung		1.0	1.5	1.6
Lehrplan		0.0	0.1	1.0
Qualitätskontrolle		1.8	1.5	0.0
Hochschulen		0.9	1.3	1.9
Zukunftsfähigkeit		1.5	1.2	1.7
Summe		25	7.9	11.9

SPD

Am ausführlichsten beschäftigte sich die SPD mit der Bildungspolitik. Die Chancengleichheit von Schülern aus allen sozialen Schichten ist der Partei dabei besonders wichtig. Diese will sie durch Ganztagsbetreuung, dem Recht jedes Kindes auf einen Kindergartenplatz und einer sechsstufigen Gesamtschule erreichen. Ausgebaut werden soll die Mitbestimmung der Schüler und Eltern. Obwohl manche Ziele sehr konkret dargestellt sind, vermisst man häufig die Aussagen zur Finanzierung ihrer Vorschläge. Auch beschränken sich viele Textpassagen auf Kritik an der derzeitigen Bildungspolitik, ohne konkrete Gegenvorschläge zu machen.

Bündnis90/Grüne

Nicht so umfangreich ausgestaltete, aber ähnliche Vorstellungen wie bei der SPD finden sich bei den Bündnisgrünen. Wichtig scheint ihnen vor allem die demokratische Mitbestimmung von Schülern und Eltern. Sie sollen angefangen vom Schulsystem bis hin zum konkreten Unterricht in allen Bereichen mitreden dürfen. Auch die Zensur der Schülerzeitungen soll aufgehoben werden und die Pressefreiheit auch hier Einzug halten. Toleranz für Minderheiten soll auch in der Schule vermittelt und vorexerziert werden. Der Leistungsdruck soll von den Schülern genommen werden, indem die Benotung bis zur vierten Klasse abgeschafft wird. Bis zur sechsten Klasse sollen alle Schüler zusammen unterrichtet werden, bevor sie sich nach ihren Begabungen über ihre weitere Schullaufbahn entscheiden.

Generationengerechte Kinder- und Jugendpolitik

Zukunftshoffnung oder Sündenböcke?

Bei der Kinder- und Jugendpolitik war uns vor allem wichtig, ob Menschen und 18 Jahren in den Wahlprogrammen der politischen Parteien als Subjekte vorkommen, das heißt als Träger/innen eigenständiger Rechte und nicht allein im Zusammenhang mit Familien- und Bildungspolitik. Unter dem Stichwort „Subjektstatus“ fassten wir außerdem alle Rechte, die in der UN-Kinderrechtskonvention erwähnt sind, z.B. der Schutz vor körperlicher und psychischer Gewalt. Wichtig ist im ersten Punkt insbesondere die Sensibilisierung für solche Fragen.

Der Begriff Agendasetting umfasst für uns allgemein die Frage, in wie weit die Partei sich auf die Fahnen geschrieben hat, Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen auch unabhängig von positiven Recht gesellschaftlich zu etablieren und welche Visionen und Konzepte die Partei für eine kindgerechte Gesellschaft hat. Wichtig war für uns außerdem die Förderung demokratischer Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Um diese zu ermöglichen ist für uns eine Demokratisierung aller Lebensbereiche, auch und vor allem der Schule, sowie die aktive politische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen z.B. durch Jugendbeiräte unumgänglich.

Wir wünschen uns weiterhin die soziale und finanzielle Absicherung von Kindern- und Jugendlichen und die konsequente Bekämpfung von Kinderarmut. Nach dem Konzept der Gender-

Mainstreamings, das auch die Europäische Union unterstützt, muss auch in der Jugendpolitik jedem Maßnahme und jedes Gesetz auf seine Wirkung bezüglich Geschlechterrollen hin untersucht werden. Politische Bildung soll innerhalb und außerhalb der Schulen verstärkt angeboten werden. Weiterhin fordern wir die Absenkung des Wahlrechts auf 16 Jahren damit die Interessen von Jugendlichen im politischen Alltag besser zur Geltung kommen können. Zusätzlich ist uns eine Berücksichtigung von Kinderinteressen in der Migrationspolitik sowie eine Verbesserung der Mobilität von Jugendlichen wichtig.

Grundsätzlich fiel auf, dass die Ansprache von Jugendlichen und Kindern, allein schon was Sprache, Layout und Lesbarkeit der Wahlprogramme angeht, eher mangelhaft ist. Am meisten erfüllen die Grünen hier noch gewisse Kriterien.

Ergebnisse Kinder- und Jugendpolitik	Max.	CSU	SPD	Grüne
1. Subjektstatus von Kindern	4	-4	3	4
2. Agendasetting für Kinder (-rechte)	3	0,5	0,5	2
3. Demokratische Partizipation	3	0	2	2,5
4. finanzielle und soziale Absicherung	3	2	2	2,5
5. Ganztagsbetreuung ab 0 Jahren, Finanzierung von Bildung und Erziehung	3	0,5	3	3
6. Gender-Awareness in der Jugendpolitik	2	0	1	1,5
7. Wahlrecht ab 16	2	0	0	2
8. Stärkung der politischen Bildung	1,5	0	1,5	0
9. Integration von Kindern aus Migrantenfamilien	2	0,5	2	2
10. Berücksichtigung von Kindern in der Asylpolitik.	1	0	0	1
11. Mobilität von Kindern und Jugendlichen	0,5	0	0	0,5
Summe	25	-0,5	15	21

CSU

Kinder und vor allem Jugendliche kommen im Wahlprogramm der CSU überwiegend in Zusammenhang mit Disziplin und besonders mit Strafrecht vor. Eine positive Bezugnahme fehlt, abgesehen von wenigen schwammigen Formulierungen, völlig. Der Subjektstatus von Kindern wird in keiner Weise erwähnt, statt einer Förderung und Unterstützung von Kindern in ihrer Persönlichkeitsentwicklung wird auf Disziplin und Elitenförderung gesetzt. Kindern, die die Standards nicht erfüllen können oder wollen, wird mit Strafen wie Schulverweis und mit einer Verschärfung des Jugendstrafrechts gedroht. Die CSU möchte Jugendliche nicht mehr wie bisher für bis zu 10, sondern bis zu 15 Jahre hinter Gitter sperren. Prävention scheint dagegen unbekannt. Außerdem ist geplant, dass auch Kinder, die noch der Schulpflicht unterliegen, dauerhaft vom Unterricht ausgeschlossen werden können, wenn sie stören. All diese Maßnahmen lehnen wir ab. Positiv ist, dass Gewalt gegen Kinder bekämpft werden soll, allerdings beschränkt man sich hierbei auf sexuelle Gewalt. Die finanzielle Ausstattung der Familien möchte die CSU verbessern, damit also indirekt auch die Absicherung der Kinder gewährleistet. Die CSU plant - was zu begrüßen ist - auch eine Ausweitung der Kinderbetreuungsangebote, wenn auch wohl nicht in einer bedarfsgerechten Größenordnung. Hierbei wird vor allem auch auf Eigeninitiative der Eltern gesetzt. Allen anderen Punkten spielen im Wahlprogramm der CSU keine Rolle.

SPD

Die SPD räumt der Kinderpolitik in ihrem Wahlprogramm bedauerlicherweise kein eigenständiges Kapitel ein. Dennoch finden sich im Programm verstreut viele Ansatzpunkte und gute Schritte, die jedoch häufig nicht konkretisiert werden. Die BayernSPD scheint also für das Thema durchaus sensibilisiert zu sein, die konsequente Übertragung auf alle Politikbereiche sowie die Entschlossenheit, dieses Thema in die Öffentlichkeit zu tragen fehlt jedoch noch. Sehr begrüßen wir die Forderung nach Verfassungsrang von Kinderrechten. Einer der Schwerpunkte des Programms liegt in der flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen und in der frühkindlichen Betreuung. Hier decken sich unsere Vorstellungen überwiegend mit den im Programm beschriebenen. Besonders wichtig ist hierbei, dass die Schule tatsächlich als Lebenswelt und als Ort des sozialen und demokratischen Lernens begriffen wird. Die finanzielle Ausstattung der Familien ist auch der SPD wichtig. Demokratische Beteiligungsmöglichkeiten sieht die SPD vor allem in der Schule. Außerhalb davon fehlt jedoch ein entsprechender Ansatz. Politische Bildung ist der SPD wichtig und sie hat als einzige Partei diesen Punkt eigens ins Wahlprogramm aufgenommen. Die Geschlechterfrage wird zwar gestellt, allerdings nur wenig speziell auf Jugendliche und Kinder angewendet. Positiv ist die völlige Ablehnung häuslicher Gewalt und die Forderung nach deren konsequenten Verfolgung. Auch in Bezug auf die Integration von ausländischen Kindern sind die Forderungen der SPD weitgehend. Die Fragen nach Kindern in der Asylpolitik, nach dem Wahlrecht für Jugendliche sowie nach einer verbesserten Mobilität für Kinder werden allerdings gar nicht gestellt.

Bündnis90/Grüne

Neben der Umweltpolitik ist die Kinder- und Jugendpolitik ein eindeutiger Schwerpunkt des grünen Wahlprogramms. Mit Ausnahme der politischen Bildung erläutert es alle von uns als wichtig empfundenen Bereiche ausführlich. Kinder werden als Subjekte anerkannt und ihre Rechte und Interessen als ein Mittelpunkt politischen Handelns gesehen. Im Bereich der demokratischen Mitbestimmung beschränken sie sich allerdings allein auf die Schule und auf Kinder- und Jugendbeauftragte. Sie vernachlässigen die aktive Gestaltung der Politik durch Kinder und Jugendliche z.B. in Jugendparlamenten. Die Konzepte zur Ausgestaltung der Ganztagsbetreuung sind weitreichend, allerdings wird nur eine Ganztagschule pro Landkreis gefordert, was gerade in strukturschwachen Gebieten problematisch sein kann. Als einzige Partei erwähnen die Grünen das Wahlrecht ab 16. Besonders positiv ist ihre Bezugnahme auf die Rechte von Migrantenkindern. Im Bereich der Mobilität setzt die Partei besonderes auf den öffentlichen Personenverkehr und erwähnt hierbei explizit auch Kinder.

Generationengerechte Finanzpolitik

In der Schuldenfalle

Die staatliche Finanzpolitik steht vor dem Dilemma, entweder eine höhere Staatsverschuldung in Kauf zu nehmen oder, durch ein Fehlen von Konsum und Investitionen, in eine wirtschaftliche Krise zu geraten - so scheint es zumindest. Beides jedoch belastet künftige Generationen. Eine nachhaltige und generationengerechte Fiskalpolitik steht vor der Aufgabe, die Konjunktur auf einem stabilen Wachstumspfad zu halten, der auf zukunftsfähigen Bereichen fußt, und dabei mittelfristig eine Konsolidierung des Haushalts, eine Abtragung des Schuldenbergs zu erreichen.

Entscheidend sind Investitionen in Bildung und Forschung sowie ein differenzierter Subventionsabbau, während bei der Ausgabenreduktion eher bei konsumtiven Ausgaben angesetzt werden kann. Dabei muss der Staat künftigen Generationen allgemein und auch in der Daseinsvorsorge die gleichen Chancen bieten wie der heutigen Generation.

CSU

Das Wahlprogramm der CSU beinhaltet klare finanzpolitische Ziele, die besonders im Bereich eines verfassungsgemäßen und soliden Haushaltsplanes in Erscheinung treten. Sie bemisst dem Bildungssektor unter Haushaltsgesichtspunkten eine prioritäre Bedeutung bei. Subventionen sollen abgebaut werden, allerdings fehlt eine klare Differenzierung.

Dennoch können diese Bemühungen nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass es der CSU an konkreten Vorschlägen zur Konjunktursteuerung mangelt. Dies wird in den wirtschaftlichen Diskrepanzen der Regionen in Bayern verdeutlicht. Auf lange Sicht wird diese Wirtschaftspolitik kaum den Ansprüchen moderner und nachhaltiger Wirtschaftspolitik gerecht werden. Auch bei der Daseinsvorsorge hüllt sich die CSU in Schweigen und schließt damit eine eventuelle Privatisierung nicht aus.

SPD

Bei einem Blick auf das Regierungsprogramm der Bayern-SPD entsteht der Eindruck, dass die Problematik der Generationengerechtigkeit bei ihr noch nicht wirklich angekommen ist.

Ergebnisse Finanzpolitik	Max.	CSU	SPD	Grüne
1. Nennung künftiger Generationen	2	2	0	2
2. kurzfristig: Konjunktursteuerung	1	0	1	0
3. Konjunkturstabilisierungsfond	1	0	0,5	0
4. Konsolidierung	5	4	0	1
5. Subventionsabbau	3	1	0	1
6. Investitionen in Forschung und Bildung	5	4	3,5	1
7. Senkung konsumptiver Ausgaben	2	0	0	1
8. Finanzkraft der Kommunen stärken	3	2	2	1
9. Ziel: gleiche Lebensverhältnisse herstellen	2	0,5	2	1,5
10. Keine Privatisierung in der Daseinsvorsorge	1	0	1	1
Summe	25	13,5	10	9,5

Weder ist ein Subventionsabbau vorgesehen, noch sollen konsumptive Staatsausgaben verringert werden. Auch eine mittelfristige Konsolidierung des Staatshaushaltes wird nicht erwähnt. Da das zentrale Element der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik die Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch aktive staatliche Konjunkturpolitik ist, stellt sich die Frage, wie diese Maßnahmen gegenfinanziert werden sollen. Einen recht positiven Eindruck hinterlässt die Bayern-SPD in Bezug auf Zukunftsinvestitionen. Dem Bildungssektor räumt sie eine Vorrangstellung ein. Ein weiteres Ziel der Finanzpolitik ist bei der SPD die Stärkung der kommunalen Finanzkraft, ohne dabei auf Privatisierungserlöse aus dem Bereich der Daseinsvorsorge zurückgreifen zu müssen.

Darüber hinaus sollen die Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen Bayerns durch gezielte Förderung angeglichen werden.

Bündnis90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen stellen in ihrer Finanzpolitik Generationengerechtigkeit und die Nachhaltigkeit wirtschaftlicher Maßnahmen in den Vordergrund. Sie fordern als Bestandteil dessen die Angleichung der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen Bayerns und stellen sich vehement gegen eine Privatisierung der Daseinsvorsorge (z.B. Wasserversorgung und Müllabfuhr). Ihre Ausführungen in den Bereichen „Stärkung der Finanzkraft der Kommunen“, „Abbau konsumptiver Staatsausgaben“ und „Subventions-

abbau“ zeigen dagegen deutliche Schwächen auf, da die Themen zwar theoretisch erläutert, jedoch keine praktischen Ausführungen erwähnt wurden.

Insbesondere längerfristige Interventionen, wie Investitionen in Forschung und Bildung sowie die Konsolidierung des Staatshaushaltes werden von Bündnis/Die Grünen nur unzureichend behandelt. Die Bedeutung der Bildung als Sektor für Zukunftsinvestitionen wird nicht klar genug hervorgehoben. Keinerlei Beachtung fanden in ihrem Wahlprogramm die Punkte „Einrichtung eines Konjunkturstabilisierungsfonds“ und „kurzfristige Konjunktursteuerung“ zur Bekämpfung einer Rezession. Zusammenfassend sind im Wahlprogramm von Bündnis/ die Grünen zwar einige gute Ansätze vorhandenen, die aber nur unzureichend konkretisiert werden.

Generationengerechte Umweltpolitik

Vage Ziele, fehlende Zeitvorgaben

Eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft lebt von den Erträgen des Naturvermögens, ohne die Substanz selbst anzugreifen. Ebenso emittiert sie nur so viel an Schadstoffen in die Umweltmedien, wie diese im entsprechenden Zeitraum wieder abbauen können. Sie hinterlässt keine Gefahrenquellen, die zu Schäden führen können, die nicht mehr oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand beseitigt werden können und gewährleistet, dass die bestehende Vielfalt sowohl von Tier- und Pflanzenarten als auch von Ökosystemen nicht durch menschliches Handeln signifikant verringert wird.

Besonderen Handlungsbedarf sehen wir in Bayern ebenso wie in der ganzen Bundesrepublik in der Verkehrs-, Agrar- und Energiepolitik sowie, gerade in Bayern, der Begrenzung des anwachsenden Flächenverbrauchs.

CSU

Bei der CSU gab es zwar einige vage Ziele, bei diesen fehlten jedoch konkrete Lösungsvorschläge. Wenn Maßnahmen genannt wurden, gingen diese oft in die falsche Richtung. Allgemein lässt sich in keinerlei Hinsicht ein zukunftsfähiges Programm erkennen. In der Verkehrspolitik setzt die CSU einseitig auf Transrapid, Autobahnbau und ICE-Trassen sowie den Ausbau auch regionaler Flughäfen. Der ländliche Raum soll primär durch ein dichtes Staatsstraßennetz erschlossen werden. Der ÖPNV wird

überhaupt nicht, die Schiene nur im Zusammenhang mit Großprojekten (Gotthard-Basistunnel) erwähnt. Der Flächenverbrauch wird nicht als Problem erkannt. Als einzige Maßnahme wird eine Ausweitung der Naturschutzgebiete verlangt. Der Ökolandbau wird nicht explizit erwähnt. Allerdings soll Nahrung „frei von Gefahren“ sein, was wohl als Absage an die Gentechnik zu interpretieren und zu begrüßen ist. Des Weiteren werden Produktkennzeichnung und regionale Vermarktung gefordert. Die Internalisierung externer Kosten wird überhaupt nicht erwähnt. Dagegen wird ein Abbau von Subventionen gefordert, allerdings wird keine Differenzierung zwischen umweltschädlichen und wünschenswerten Subventionen vorgenommen. In der Klimapolitik ist die Rede von Reduktionszielen und einem Klimaprogramm. Allerdings wird, abgesehen von der Förderung

Ergebnisse Umweltpolitik	Max.	CSU	SPD	Grüne
1. ÖPNV-/Bahnnetz in der Fläche	3	-1	2	3
2. Aufgabe verkehrspolitischer Großprojekte (Autobahnbau, ICE-Trassenbau, Transrapid, Flughafenbau)	3	-3	-1	3
3. Vorschläge zur Reduzierung des Flächenverbrauchs	4	1	2	3
4. Vorschläge zur Förderung des Ökolandbaus	3	1	1	3
5. Verbraucherschutz, Ablehnung von Gentechnik	3	2	2	3
6. Internalisierung externer Kosten	3	0	0	2
7. Abbau umweltschädlicher Subventionen	2	1	0	2
8. Förderung regenerativer Energien und Atomausstieg	4	2	4	4
Summe	25	3	10	23

nachwachsender Rohstoffe, keine einzige konkrete Maßnahme vorgeschlagen. Die Rolle der Atomenergie bleibt ungeklärt.

SPD

Die SPD bemüht sich, eine nachhaltige Umweltpolitik in alle Ressorts zu integrieren. Das Konzept ist im Allgemeinen recht stimmig. Dennoch gehen die meisten Maßnahmen nicht weit genug.

In der Verkehrspolitik setzen sich die Sozialdemokraten in einem eigenen Abschnitt mit der Rolle des ÖPNV auseinander. Bahn, Bus und Ruf taxi sollen ausgebaut werden, um, so wird explizit ausgeführt, die Mobilitätsbedürfnisse aller auch ohne Auto decken zu können. Jedoch wird auch ein Ausbau des Straßennetzes im ländlichen Raum gefordert. Der Ausbau des Straßennetzes soll „ökologisch vertretbar“ gestaltet werden, was aber nicht mehr als einem Lippenbekenntnis gleichkommt. So wird etwa ein Autobahnausbau gefordert, jedoch setzt die SPD ihre Priorität ausdrücklich auf die Umlagerung von der Straße und der Luft auf die Schiene. Unklar bleibt die Realisierung des Transrapids. Beim Flächenverbrauch fordert die SPD eine „deutliche Reduzierung“. Zeitziele werden nicht genannt. Als Vorschläge werden die Ausweitung von FFH-Gebieten sowie Entsiedlungskonzepte genannt; diese gehen jedoch nicht weit genug. Als einziger Vorschlag zur Förderung der ökologischen

Landwirtschaft wird die Unterstützung artgerechter Tierhaltung gefordert. In einem eigenen, langen Abschnitt setzt sich die SPD mit Verbraucherschutz auseinander. Sie fordert Kennzeichnungen, Verbraucherzentralen, Verbraucherinformationsrechte und Direktvermarktung. Die Rolle der Gentechnik bleibt unklar. Die Internalisierung externer Kosten wird nicht angesprochen. Ebenso schweigt sich die SPD über Subventionsabbau aus. Den regenerativen Energien widmet die SPD einen eigenen, langen Abschnitt. Der Handlungsbedarf in der Klimapolitik wird erkannt. Forderungen sind unter anderem ein Klimaschutzprogramm in Höhe von 50 Millionen □ jährlich, Energieagenturen, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren z.B. für Windräder sowie die Erforschung alternativer Treibstoffe. Der Atomausstieg soll forciert werden.

Bündnis90/Die Grünen

Die Grünen legen das mit Abstand ausführlichste Programm vor, das durch eine klare Sprache und einen detaillierten und übersichtlichen Maßnahmenkatalog hervorsteht. Ihrem Ruf als umweltkompetente Partei werden sie damit voll gerecht. Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich entschieden zu ÖPNV und Bahnnetz in der Fläche. Zugverspätungen sollen durch Entgeltkürzungen geahndet und

Mittel für Kommunen für ÖPNV auch am Abend und am Wochenende erhöht werden. Eine Pflicht zur ÖPNV-Erschließung ist vorgesehen. Die Grünen wenden sich gegen Straßenneubau, Transrapid und Flughafenausbau. Bei der Regulierung des Flächenverbrauchs fehlt ein Zeitziel. Allerdings werden ausreichende Maßnahmen, wie Flächenrecycling und konkrete Vorschriften zur Bodenentsiegelung, angeführt. Die Grünen liefern die klarste Vorstellung von der Agrarwende. Ein Forschungsprogramm soll gestartet werden. Auflagen zu Umwelt- und Tierschutz durchgesetzt und der Einsatz erneuerbarer Energien in der Landwirtschaft gefördert werden. Produktkennzeichnung, Direktvermarktung und Verbraucherinformationsrechte sind weitere Bestandteile des grünen Konzepts. Auf Gentechnik soll verzichtet werden. Die Ökosteuer wird befürwortet; ob sie weiter ausgebaut werden soll wird nicht behandelt. Subventionen sollen überprüft und ggf. gestrichen werden. Ausdrücklich wird die Senkung der Subventionen für den Flugverkehr gefordert. Bündnis 90/Die Grünen befürworten das Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie den Atomausstieg. Es wird ein „maximaler Einsatz erneuerbarer Energien“ gefordert. Hierzu haben sie auch konkrete Zielvorgaben und einen Zeitrahmen.

Stellungnahme des CSU-Generalsekretärs

Wunschtraum und Realität

Auch, wenn wir streckenweise gänzlich unterschiedlicher Meinung waren in den Bewertungen, die Sie der Politik der CSU in Ihrem Kreis gegeben haben, habe ich die Aussprache, die ich stellvertretend für unseren Parteivorsitzenden wahrnehmen durfte, in guter Erinnerung. Nicht wenigen aus dem kleinen Kreis der für unsere Diskussion in Ismaning Verbliebenen verdanke ich einen Einblick in die Gedankenwelt, die alle umtreibt. Für diese wichtige Erkenntnis bedanke ich mich.

Von besonderer Bedeutung war es für mich an diesem Nachmittag, dass Sie den Politiktest haben bei den Parteien unterschiedlich ansetzen lassen. Während Sie die beiden Oppositionsparteien lediglich an ihren Absichtserklärungen maßen, die keine Aussagekraft besitzen, solange man ihnen nicht die zur Realität gewordenen Politikprogramme gegenüberstellt, bewerteten Sie die CSU nahezu ausschließlich an dem Defizit, das es unbezweifelbar zwischen Ihren Visionen und den realen Einsatzergebnissen unserer Vorstellungen gibt. Da überrascht es mich nicht, dass Sie, wo Sie sich in Ihrem Distanzverhalten nicht wiederfinden, ein „Ungenügend“ vergeben. Umso mehr wundert es mich, dass Parteien, die dort, wo sie Verantwortung tragen (z.B. Berlin und NRW), Ihrem Anforderungsprofil einer Generationengerechtigkeit nicht entsprechen, mit „Ausreichend“ und „Befriedigend“ beurteilt werden. Zu solchen Schlüssen kann man nur kommen, wenn man die tatsächlichen Fakten weitgehend ignoriert, um stattdessen ideologische „Wahrheiten“ in Ansatz zu bringen, bei deren Anwendung weniger die Realität als der Traum von der Wirklichkeit zählt.

Soweit ich das nachvollziehen kann, hat die Schüler-Union mit ihrer Pressebewertung der Ergebnisse Ihres Politiktests Recht. Darüber werde ich mich gerne mit Ihnen unterhalten, wenn Sie das wünschen. Jedenfalls verbinde ich den Dank für das Gespräch, das ich für meine eigene Standortbestimmung für außerordentlich wichtig hielt, mit dem konkreten Angebot, die Einsichten, die beiderseits gewonnen wurden, gelegentlich zu vertiefen.



*Dr. Thomas Goppel, MdL, ist
Generalsekretär der CSU und
Staatsminister a.D.*

Stellungnahme des SPD-Fraktionsvorsitzenden

Vor vollendeten Tatsachen

Dass zur Bewertung der Politik durch YoIs auch eine Bewertung von YoIs durch die Politiker gehört, finde ich im Sinne der demokratischen Kultur sehr begrüßenswert. Denn neben meinem Dank für die Einladung zu den Gesprächen muss auch Kritik sein:

Angesichts des sich greifenden Desinteresses an Politik gerade auch bei jungen Leuten freue ich mich über Initiativen, die Gelegenheit dafür bieten, sich mit den verschiedenen Politikkonzepten zu befassen und sie zu vergleichen, um sich in der politischen Landschaft zu orientieren.

Dazu würde allerdings gehören, zuerst die Programme und Stellungnahmen zur Kenntnis zu nehmen und sich daraufhin dann ein Urteil zu bilden. Leider hat man hier diese Chance vertan, indem bei einer Pressekonferenz vor Beginn der Veranstaltung bereits ihr Ergebnis verkündet wurde. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies eine geeignete Vorgehensweise ist, um das Interesse junger Menschen an der Politik zu wecken. Eine Diskussion nach gefällttem Urteil macht weder Sinn noch Spass.

Besonders ärgerlich ist dabei, dass in dieses Vor-Urteil weite Teile des Programms der SPD gar nicht einbezogen wurden. So wurde vollkommen ausser Acht gelassen, dass die BayernSPD zur Landtagswahl sogar ein eigenes Jugend-Wahlprogramm mit einer ganzen Reihe von interessanten Vorschlägen und Perspektiven vorgelegt hat. In der Diskussion zeichnete sich eine große Zustimmung zu diesem Programm ab, die allerdings leider nicht mehr in die Bewertung einfluss.

Um unsere Positionen zumindest im Nachhinein noch einmal vorzustellen, möchte ich auf unser Jugendwahlprogramm verweisen.

Ich bedanke mich für die Einladung zum YoIs-Politiktest und für die interessanten Gespräche. Vielleicht lassen sich Gemeinsamkeiten weiterentwickeln.

Ich wünsche Ihrer begrüßenswerten Initiative viel Erfolg!



Franz Maget, MdL, ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayrischen Landtag und war Kandidat der SPD für den Posten des bayrischen Ministerpräsidenten bei den Landtagswahlen 2003

Stellungnahme der Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen

Einäugig unter Blinden ?

Als Landesvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen freue ich mich, dass meine Partei beim Politiktest Bayern 2003 von YOIS am besten abgeschnitten hat, auch wenn ich das Prädikat „Einäugiger unter den Blinden“ nicht ganz teilen kann. Schließlich sind wir Testsieger geworden und haben sowohl im Bereich Umwelt als auch bei der Jugendpolitik nahezu die Höchstzahl erreicht. Aber natürlich kann man immer noch besser werden - und dazu fordert uns der Politiktest von YOIS heraus. Ihre Kritik ist konstruktiv und nachvollziehbar. Das Engagement der Mitglieder von YOIS finde ich vorbildlich. Ihr Einsatz für eine nachhaltige Politik und Entwicklung sollte Schule machen. Denn unsere Gesellschaft braucht eine Lobby für konsequenten Klima- und Umweltschutz, für Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Wir müssen endlich Schluss machen mit der Politik der Zukunftsvergessenheit, die die Folgen der heutigen Entscheidungen den nächsten Generationen aufbürdet.

Die Grünen haben die Nachhaltigkeit als Grundprinzip in ihrer Programmatik tiefgreifend verankert. Erst 2002 haben wir uns ein neues Grundsatprogram gegeben mit dem klaren Bekenntnis: „Wir wollen das Leitbild der Nachhaltigkeit zum Maßstab unserer Lebens- und Wirtschaftsweise machen.“ Dementsprechend setzen wir auch unsere Themenschwerpunkte im Wahlkampf und treten ein gegen den irrsinnigen Flächenfraß in Bayern, für eine Ökologisierung der Landwirtschaft und gesunde Ernährung sowie für mehr Chancengleichheit und Demokratisierung in der Bildungspolitik.

Das Thema der Generationengerechtigkeit zieht sich für uns durch alle Politikfelder, von der Umweltpolitik über die Reform der Sozialsysteme bis hin zu den Staatsfinanzen. In der aktuellen politischen Debatte wird Gerechtigkeit oftmals zu eindimensional verstanden, zumal es bequemer für die Politiker ist, Lasten von heute auf künftige Generationen zu verschieben. Die große Gefahr besteht, dass die Interessen der Jugend mehr und mehr ins Hintertreffen geraten gerade angesichts der demographischen Entwicklung. Als Wählergruppe spielt die Jugend eine zunehmend geringere Rolle, was notwendige Reformen in Zukunft immer schwieriger machen wird. Deshalb bedarf es jetzt in Gesellschaft und Politik eines umfassenden Bewusstseinswandels, dass wir einen gerechten Ausgleich der Generationen organisieren müssen. Jugendpolitik wird sich vor allem aber auch daran messen müssen, ob sie den Jugendlichen in der Realität des Alltags Chancen zur Verwirklichung eröffnet: Zusätzliche Investitionen in Bildung und die Förderung von Familien mit Kindern sind uns deshalb zentrale Anliegen. Leider ist es in Bayern immer noch so, dass der soziale Status ausschlaggebend ist für die Entwicklungschancen von Jugendlichen.

Aus diesen Gründen freue ich mich sehr, dass es eine Organisation wie YOIS gibt, die den Parteien ordentlich Dampf macht und ihre Politik am Maßstab der Nachhaltigkeit misst. Ich wünsche Ihnen Erfolg und Durchhaltevermögen sowie eine starke Überzeugungs- und Anziehungskraft auf andere Jugendliche. Auf den weiteren konstruktiven Dialog mit Ihnen freue ich mich.



*Margarete Bause ist Vorsitzende
des Landesverbandes von
Bündnis 90/Die Grünen in Bayern*